

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1982

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1982

Der Staat als Garant der Grundwerte

Horst Georg Pöhlmann

Kirche und Politik stehen in gemeinsamer Verantwortung für den Menschen. Im gemeinsamen Dialog wollen wir deshalb bei der 25. Bundestagung darüber beraten, wie eine menschengerechte Zukunft geschaffen werden kann.

Dabei wird es wesentlich auch darauf ankommen, daß wir uns darüber klar werden, von welchem Verständnis vom Menschen wir ausgehen und welches die Gemeinsamkeiten, aber auch die Besonderheiten des politischen und kirchlichen Auftrages sind.

Einen Beitrag hierzu leistet Prof. Dr. theol. Horst Georg Pöhlmann, Lehrstuhl für Evang. Dogmatik und Ethik an der Universität Osnabrück.

Der Begriff Grundwerte polarisiert unsere Gesellschaft. Die einen sehen in ihm geradezu die Lösung der Stunde, die anderen ein Ekelwort, das sie im Namen des wertfreien gesellschaftlichen Pluralismus bekämpfen („die Tyrannei der Werte“). Hier sind Grundwerte eine eingefräste Ordnung, dort bloße Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse, hier zeitlich gültige vordemokratische Normen, dort das Ergebnis zufälliger demokratischer Meinungsbildung.

Zu Begriff und Wesen der Grundwerte

Der Begriff Grundwerte kommt erstmals bei Max Scheler und Nicolai Hartmann vor, die beide Vertreter einer Wertethik waren. In die öffentlich-politische Debatte brachte den Grundwertebegriff das Godesberger Programm der SPD von 1959. Als „Grundwerte des Sozialismus“ werden von ihm die „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ reklamiert. Auch das Grundsatzprogramm der CDU von 1978 nennt diese drei Grundwerte, wenn sie auch anders, nämlich vom christlichen Menschenbild her, begründet werden. Demnach „beruht seine Freiheit auf einer Wirklichkeit, welche die ... Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht wer-

den“. (Art. 7). Von dem Grundwert Freiheit wird noch des näheren gesagt: „Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Freiheit umfaßt Recht und Pflicht“. (Art. 13). „Solidarität“ charakterisiert nach dem CDU-Grundsatzprogramm „die Wechselbeziehung zwischen der Gemeinschaft und dem Einzelnen“, die gleich weit entfernt ist vom „Individualismus“ und „Kollektivismus“. (Art. 22). Als Grundlage der „Gerechtigkeit“ wird „die Gleichheit aller Menschen“ ausgemacht „ohne Rücksicht auf Macht, Leistung oder Versagen des Einzelnen“. (Art. 26). Obschon das CDU-Programm christlichen Grundwertevorstellungen am nächsten kommt, erwähnt es bedauerlicherweise die Zehn Gebote als

Haben Sie sich schon angemeldet?

25. Bundestagung des
Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU
vom 21. bis 23. Mai 1982
in der Rheingoldhalle Mainz
zum Thema

„Christen wissen:
Wir haben eine Zukunft“

Den Tagungsablauf finden sie noch einmal
auf Seite 6

Auskünfte erteilt Ihnen die
Bundesgeschäftsstelle des EAK,
Telefon (02 28) 54 43 06

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1982

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1982

Der Staat als Garant der Grundwerte

Horst Georg Pöhlmann

Kirche und Politik stehen in gemeinsamer Verantwortung für den Menschen. Im gemeinsamen Dialog wollen wir deshalb bei der 25. Bundestagung darüber beraten, wie eine menschengerechte Zukunft geschaffen werden kann.

Dabei wird es wesentlich auch darauf ankommen, daß wir uns darüber klar werden, von welchem Verständnis vom Menschen wir ausgehen und welches die Gemeinsamkeiten, aber auch die Besonderheiten des politischen und kirchlichen Auftrages sind.

Einen Beitrag hierzu leistet Prof. Dr. theol. Horst Georg Pöhlmann, Lehrstuhl für Evang. Dogmatik und Ethik an der Universität Osnabrück.

Der Begriff Grundwerte polarisiert unsere Gesellschaft. Die einen sehen in ihm geradezu die Lösung der Stunde, die anderen ein Ekelwort, das sie im Namen des wertfreien gesellschaftlichen Pluralismus bekämpfen („die Tyrannei der Werte“). Hier sind Grundwerte eine eingefräste Ordnung, dort bloße Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse, hier zeitlos gültige vordemokratische Normen, dort das Ergebnis zufälliger demokratischer Meinungsbildung.

Zu Begriff und Wesen der Grundwerte

Der Begriff Grundwerte kommt erstmals bei Max Scheler und Nicolai Hartmann vor, die beide Vertreter einer Wertethik waren. In die öffentlich-politische Debatte brachte den Grundwertebegriff das Godesberger Programm der SPD von 1959. Als „Grundwerte des Sozialismus“ werden von ihm die „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ reklamiert. Auch das Grundsatzprogramm der CDU von 1978 nennt diese drei Grundwerte, wenn sie auch anders, nämlich vom christlichen Menschenbild her, begründet werden. Demnach „beruht seine Freiheit auf einer Wirklichkeit, welche die ... Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht wer-

den“. (Art. 7). Von dem Grundwert Freiheit wird noch des näheren gesagt: „Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Freiheit umfaßt Recht und Pflicht“. (Art. 13). „Solidarität“ charakterisiert nach dem CDU-Grundsatzprogramm „die Wechselbeziehung zwischen der Gemeinschaft und dem Einzelnen“, die gleich weit entfernt ist vom „Individualismus“ und „Kollektivismus“. (Art. 22). Als Grundlage der „Gerechtigkeit“ wird „die Gleichheit aller Menschen“ ausgemacht „ohne Rücksicht auf Macht, Leistung oder Versagen des Einzelnen“. (Art. 26). Obschon das CDU-Programm christlichen Grundwertevorstellungen am nächsten kommt, erwähnt es bedauerlicherweise die Zehn Gebote als

Haben Sie sich schon angemeldet?

25. Bundestagung des
Evangelischen Arbeitskreises
der CDU/CSU
vom 21. bis 23. Mai 1982
in der Rheingoldhalle Mainz
zum Thema

„Christen wissen:
Wir haben eine Zukunft“

Den Tagungsablauf finden sie noch einmal
auf Seite 6

Auskünfte erteilt Ihnen die
Bundesgeschäftsstelle des EAK,
Telefon (02 28) 54 43 06

den Grundwertekanon des christlichen Glaubens nicht, sosehr sie in seinen Ausführungen und Konkretionen der drei Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit impliziert sind.

Der evangelische Sozialethiker M. Honecker fragt mit Recht, ob neben diesen drei Grundwerten nicht noch andere zu nennen sind wie z. B. „Frieden, Leben, Gleichheit, Hochschätzung der Arbeit, Achtung der Individualität“. (Ev. Soziallexikon 1980 S. 557). A. v. Campenhausen zählt noch (wie O. v. Nell-Breuning und K. Lehmann) die Ehe zu den Grundwerten, außerdem das Eigentum, den Schutz des menschlichen Lebens. Andere unterscheiden die Grundwerte von den Rechtsgütern, die – im Gegensatz zu jenen – präsitliche Phänomene seien. Ehe und Eigentum wären demnach Rechtsgüter, nicht Grundwerte (so u. a. der evang. Sozialethiker Ringeling). Man sieht, wie sehr die ganze Grundwertediskussion weithin schon zu scheitern droht, weil der Begriff Grundwert verschieden gefüllt wird und man mangels Begriffsklärung aneinander vorbeiredet.

Doch das Hauptproblem neben der Frage, welche Grundwerte es gibt, ist die Frage, wer Träger der Grundwerte ist. Die katholischen Bischöfe warfen bekanntlich im Wahljahr 1976 der Bundesregierung vor, sie würde wegen ihrer Reform des Schwangerschaftsabbruchs, des Ehescheidungs- und Familienrechts den Verfall der Grundwerte fördern, statt ihm entgegenzutreten. Dem wurde – u. a. von Helmut Schmidt – entgegengehalten: Der weltanschaulich neutrale pluralistische Staat sei nicht zuständig für die Grundwerte, sondern für die Grundrechte. Träger der Grundwerte oder ethischen Normen sei die Gesellschaft, nicht der Staat, der nicht die Aufgabe habe, Grundwerte, sondern Grundrechte durchzusetzen – wodurch er die Voraussetzung schaffe für die Selbstdurchsetzung der Grundwerte. Was gemeint ist, soll an einem Beispiel klargemacht werden: Grundwert ist die Freiheit, Grundrechte sind das Recht auf freie Meinungsäußerung, Freizügigkeit, Freiheit der Berufswahl (Grundgesetz). Wenn der Staat diese Grundrechte der Freiheit garantiert, schaffe er die Voraussetzung für die Verwirklichung des Grundwertes Freiheit. Doch das Beispiel Freiheit zeigt gerade, daß Grundrecht und Grundwert eine untrennbare Einheit bilden und der Staat entweder beides zugleich oder keines von beiden garantiert.

Ist nicht ein Staat, der sich nach der Präambel seines Grundgesetzes zur „Verantwortung vor Gott“ bekennt und dessen Bürger sich zudem mehrheitlich einer christlichen Konfession zuzählen, geradezu verpflichtet, die Grundwerte der Zehn Gebote mindestens – wenn nicht durchzusetzen – so doch zu schützen? Doch die Frage kommt eigentlich zu spät. Denn die Grenzsteine wurden je bereits verrückt. Etwa durch den § 218 StGB zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, der den christlichen Grundwert des Schutzes schutzlosen Lebens preisgegeben hat. Oder durch das geltende Ehescheidungsrecht, das nicht mehr das Verschuldungsprinzip sondern nur noch das Zerrüttungsprinzip kennt, wodurch der Ehebruch gesellschaftlich den Rang einer wertneutralen quantité négléable bekam. Entweder handelt es sich bei der Verantwortung des Staates

vor Gott um eine unverbindliche Verbalgirlande – dann sollte man das auch offen zugeben, oder sie gilt, woraus eo ipso resultiert, daß der Staat Träger der Grundwerte, nicht nur der Grundrechte ist. Die Frage ist ein Lackmустest, wie ernst die Präambel des Grundgesetzes genommen wird.

Die Gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen katholischen Bischofskonferenz vom Jahr 1979 stellt zu Recht fest: „Eine nur auf die äußere Organisation einer Ordnung menschlichen Zusammenlebens beschränkte, scheinbar wertfreie Staats- und Gesellschaftsordnung wird ihrem Auftrag nicht gerecht, für das Gemeinwohl zu sorgen und die ... Werte zu achten“. (S. 42). In dieser Erklärung weisen die beiden Kirchen den Staat und die Gesellschaft auf die Grundwerte der Zehn Gebote hin als den entscheidenden „Beitrag zum Wertkonsens in der Gesellschaft“. (S. 9). Es wird in ihr u. a. z. B. vom 5. Gebot her „Du sollst nicht töten“ an die Pflicht erinnert, „das Leben des Nächsten zu schützen“. „Mit gesteigerter Dringlichkeit gilt diese Verpflichtung für das Leben dort, wo immer es besonders schutzbedürftig ist, zum Beispiel bei den Ungeborenen, den unheilbar Leidenden und bei den Sterbenden“. (S. 32). Die Erklärung betont weiter: „Dieser aufgegebenen Schutz des Lebens fordert das Eintreten für Frieden zwischen den Völkern ...“. (S. 33).

Staat, Kirche und die Grundwerte

Nach der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre können das Reich der Welt und das Reich Gottes, Staat und Kirche, nicht geschieden werden, wenn sie auch unterschieden werden müssen. Sie dürfen nicht geschieden werden, denn es sind dieselben Grundwerte der Gebote Gottes, die im Staat und in der Kirche – wenn auch auf verschiedene Weise (triplex usus legis!) – gelten. Sie müssen unterschieden werden, denn im Staat regiert das Recht, in der Kirche die Rechtfertigung des Sünders allein aus Gnaden, hier die Gewalt, dort die gewaltlose Liebe. Die reformatorische Unterscheidung der beiden Reiche wollte den Staat vor der Bevormundung durch die Kirche schützen und ihm seinen gottgewollten Eigenwert zurückgeben. Die Schöpfungsordnungen von Ehe, Wirtschaft, Arbeit und Staat, die im Mittelalter abgewertet wurden, sollten wieder ihr Eigenrecht zurückbekommen, wenn auch keine Eigengesetzlichkeit! In ihnen gelten bereichsautonome Regeln, die ihre Eigenlogik haben. Durch die reformatorische Unterscheidung der beiden Reiche sollte aber nicht nur der Kirche, sondern auch dem Staat eine Grenze gesetzt werden. Nach dem Augsburger Bekenntnis Art. 16 ist es notwendig, daß die Christen der Obrigkeit „gehörchen“, es sei denn, sie verlangt etwas, was Sünde ist („nisi cum iubent peccare“). In diesem Fall gilt Apostelgeschichte 5,29, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen. Die bereichsautonomen Regeln des Staates finden also eine Grenze an den Geboten Gottes. Aus der biblisch-reformatorischen Unterscheidung (nicht Scheidung) der beiden Reiche ergeben sich – wie folgt – ganz bestimmte Konsequenzen für das Verhältnis von Kirche und Staat.

Wann kann sich die Kirche in Politik mischen?

Die Kirche darf und muß sich in Politik „mischen“, wo der Staat die Grundwerte der Gebote Gottes verletzt, wo es gilt, mit Apostelgeschichte 5,29 Gott mehr zu gehorchen als den Menschen. Hier darf und muß sich die Kirche in Politik „mischen“, aber nur hier. Nicht, wo es sich um politische Ermessensfragen und um bereichsautonome Angelegenheiten des Politischen handelt, die nur sachgerecht geregelt werden können, wenn sie selbständig geregelt werden.

Kurz einige Beispiele, wann sich die Kirche in Politik „mischen“ muß, weil vom Staat die Gebote Gottes verletzt werden: Solche „Einmischung“ im Namen der Gebote Gottes ist natürlich vor allem geboten, wenn das 1. Gebot übertreten wird und der Staat sich selbst zum Gott macht wie etwa in Links- oder Rechtsdiktaturen, aber auch im totalen Wohlfahrtsstaat, wenn der Staat sich anmaßt, Heils- und Erlösungsfunktionen zu übernehmen. Die Kirche müßte um des 5. Gebotes willen darauf dringen, daß Frieden und Entspannung in der Außenpolitik die unbedingte Priorität haben, daß das Wettrüsten gestoppt und (beiderseits!) abgerüstet wird. Sie ist verpflichtet, Unrechtssysteme in Ost und West, in denen Menschen systematisch gefoltert, unterdrückt und ausgebeutet werden, anzuprangern – so sehr sie nie vom Grundgebot gewaltloser Liebe her zur Gewalt aufrufen oder – was dasselbe ist – Befreiungsorganisationen, die Gewalt anwenden, finanziell unterstützen kann. Durch die kirchliche Finanzierung von sozialen Projekten dieser Organisationen konnten diese ja Geld einsparen zum Ankauf von Waffen! Für Bonhoeffer war die Beteiligung am Widerstand gegen Hitler ein Akt eigener Schuldübernahme und die Wahl des kleineren Übels, nicht eine christliche Entscheidung in Befolgung der Forderung Jesu. Weitere Beispiele, wo durch den Staat Gebote Gottes verletzt werden oder mindestens dazu angeleitet wird, sie zu verletzen, sind – wie schon gesagt – das geltende Ehescheidungsrecht, das das Verschuldungsprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt hat oder der § 218 zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs, wenn viele aus ihm das Recht auf Tötung ungeborenen Lebens ableiten.

Die Kirche darf sich nur dann ins Politische einmischen, wenn die Grundwerte der Gebote Gottes in eindeutiger Weise verletzt werden, wenn es sich um eindeutige ethische Entscheidungen handelt. Es gibt erfahrungsgemäß nicht nur die eindeutige Entscheidung zwischen gut und böse, sondern nicht selten die nichteindeutige Entscheidung zwischen böse und böse, die Wahl zwischen zwei Übeln, die jeder von seinem Gewissen her anders trifft und anders treffen muß – die Pflichtenkollision. Nicht eindeutig ist z. B. eine Entscheidung im Blick auf die Kernenergiefrage, weswegen es der Kirche verboten ist, dafür oder dagegen zu reden, bzw. zu behaupten, wer nicht dafür oder wer nicht dagegen ist, ist kein Christ. Denn hier geht es nicht um eine Entscheidung zwischen gut und böse, sondern zwischen zwei Übeln, besser gesagt, gegen zwei Übel. Nicht nur die Gegner von Atomkraftwerken wollen das Leben schützen und eine Katastrophe verhindern, auch die Befürworter von Atomkraftwerken. Auch ihnen geht es ums Leben, nämlich ums Überleben unserer Urnenkel, denen keine Primärenergie mehr zur Verfügung steht.

Ebenso wenig kann man im Namen der Kirche oder in Ausübung seines geistlichen Amtes zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen. Denn auch in der Wehrdienstfrage geht es um eine nicht eindeutige ethische Entscheidung, die zwischen zwei Übeln wählt und um eine Pflichtenkollision, ähnlich wie bei der Frage der Atomenergie. Beide, der Wehrdienstverweigerer und der Wehrdienstleistende, berufen sich auf ihr Gewissen und können sich auf ihr Gewissen berufen. Auch der Wehrdienstleistende – nicht nur der Wehrdienstverweigerer – kann sich auf das 5. Gebot berufen – „Du sollst nicht töten“ –, weil er verhindern will, daß andere getötet, daß wehrlose Frauen und Kinder getötet werden. Beide brechen andererseits dieses Gebot, wenn sie es einhalten wollen. Im Falle einer Gewissenskollision kann nicht eine Lösung kirchlich sanktioniert und legitimiert werden. Denn dadurch würde man Christen, die von ihrem Gewissen her anders entscheiden, das Christsein absprechen.

Kurz notiert

Positives Echo für CDU-Thesen

Wetzlar: Das Acht-Punkte-Papier der CDU-Frauenvereinigung zum Thema „Familienpolitik der 80er und 90er Jahre“ hat im Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea) vom 8. März, Nr. 19/82, ein positives Echo gefunden. In einem Kommentar von Harro Thomas heißt es u. a., die offizielle Gesellschaftspolitik mache es den Familien immer schwerer, ihren Aufgaben nach-

zukommen: „Deshalb ist es nur zu begrüßen, daß sich wenigstens die CDU-Frauenvereinigung zum Sprecher der Familien macht, die wohl noch eine ganze Weile darauf warten müssen, bis sie eine wirkliche Lobby finden, die sich auch durchsetzen kann.“

DDR zum Luther-Jahr

Berlin-Ost: Die DDR plant offensichtlich, die staatlichen Feiern zum Luther-Jahr 1983 dazu zu benutzen, um Luther im Sinne der marxistischen Ideologie umzudeuten. So erklärte der Leiter des

staatlichen Luther-Komitees der DDR, Prof. Horst Bartel (Ost-Berlin) in einer Sendung des WDR, Luther sei ein Mann mit „Weltwirkung“, und „Auslöser einer der bedeutendsten revolutionären Bewegung im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus“. In diesem Zusammenhang forderte der SED-Historiker, Horst Haun, in der Ost-Berliner „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ eine marxistische Biographie Luthers vorzubereiten, um die „Synthese von Humanismus und Reformation“ sichtbar zu machen. Die Bemühungen der DDR zum Luther-Jahr erinnern an den Versuch, anhand des Preußen-Jahres die deutsche Geschichte im Sinne marxistischer Ideologie zu deuten.

Pazifismus in Deutschland

— Publizistisches Phänomen oder Wirklichkeit —

Baldur Wagner

„Kirchennahe Protestanten und Katholiken rechnen sich viel seltener dem Kreis der Pazifisten zu als kirchenfernere Christen“. Dies ist eines der Ergebnisse, die eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ergeben hat.

Dr. Baldur Wagner, Abteilungsleiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, stellt nachfolgend wichtige Ergebnisse der Umfrage vor.

Spätestens die Bonner „Friedensdemonstration“ vom 10. Oktober 1981, an der rund 200 000 Menschen teilnahmen, hat die pazifistische Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland in die Schlagzeilen der nationalen und internationalen Presse gebracht. Wer sind diese Menschen, die dem Pazifismus anhängen? Wie kann man sie demographisch charakterisieren? Wo stehen sie politisch? Wie denken sie über grundsätzliche Fragen der Politik und insbesondere der Verteidigungs- und Außenpolitik? Darauf versucht eine Umfrage Auskunft zu geben, die im Auftrag der CDU vom Institut für Demoskopie Allensbach erstellt wurde.

Das erste wichtige Ergebnis ist: Es gibt keine breite „Welle des Pazifismus“. Das, was Proteste und Demonstrationen gegen Bundeswehrgelöbnisse, Friedenswochen in mehreren Städten der Bundesrepublik Deutschland, Aufrufe zahlreicher Organisationen für Frieden und gegen die atomare Aufrüstung und eine breite Berichterstattung in den Medien eigentlich nahelegen würden, stimmt nicht. Die demoskopischen Befunde zeigen vielmehr, daß pazifistische Einstellungen — gemessen an der Frage „Lieber rot als tot?“ — im Jahr 1981 nicht häufiger vorkommen als in früheren Jahren. Es zeigt sich im Gegenteil sogar, daß die Bereitschaft zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit 1981 stärker ist als etwa im Jahr 1976. Die gegenwärtige Grundstimmung in der deutschen Bevölkerung ist also nicht generell

als pazifistisch zu kennzeichnen. 47 % der Bundesbürger waren z. B. selbst um den Preis des Blutvergießens zur „Verteidigung der demokratischen Freiheit“ im Falle eines Angriffs bereit. 30 % würden dagegen die Aufrechterhaltung des Friedens auch auf Kosten des Verlustes der eigenen Freiheit höher einstufen.

Wer ist Pazifist? Eine logisch zwingende, objektiv eindeutige Grenzlinie zwischen Pazifisten und Nichtpazifisten gibt es nicht. Hier sollen jene Personen als Pazifisten bezeichnet werden,

- denen die Parole „Frieden schaffen ohne Waffen“ gefällt und zudem
- glauben, daß Kriege vermeidbar sind, und zudem
- der Auffassung sind, daß es bei der Abrüstung nur dann Fortschritte geben kann, wenn eine Seite damit anfängt, und zudem
- bezweifeln, daß ein Angriff aus dem Osten am ehesten durch Abschreckung verhindert werden kann.

Danach können 12 % der Bevölkerung als Pazifisten bezeichnet werden. Das sind immerhin 5 1/2 Millionen Menschen. Ihnen stehen Personen gegenüber, denen keines der pazifistischen Argumente gefällt. Sie machen rund 14 % der Bevölkerung aus.

Wo sind die Pazifisten vor allem zu finden? Zum einen eher bei den Frauen (13 %) als bei den Männern (11 %), wenn auch der Unterschied nicht besonders auffällig ist. Dann bei den Jüngeren: von den 16- bis 29-jährigen ist jeder Fünfte Pazifist. Zum anderen bei den SPD-Anhängern: unter ihnen ist der Anteil der Pazifisten (14 %) etwa doppelt so hoch wie unter den CDU/CSU-Anhängern (7 %). Noch viel schärfer heben sich die Grünen von allen übrigen Parteien ab; sie stellen als politische Gruppierung den eigentlichen Kern des Pazifismus, denn

jeder zweite Grüne erscheint als exponierter Befürworter dieser Richtung.

Obwohl die Angst vor einem neuen Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland größer ist als je zuvor in den letzten 20 Jahren, hält heute mehr als die Hälfte der Deutschen (55 %) Kriege prinzipiell für vermeidbar. Ein Drittel ist demgegenüber der Ansicht, sie seien unvermeidbar, man müsse sie als Geißel der menschlichen Natur hinnehmen. Daß gerade die jungen Leute (62 %) und insbesondere die Anhänger der Grünen (17 %) und die Pazifisten (71 %) sich besonders optimistisch zeigen, ist nur scheinbar ein Widerspruch. Der

„Die Bergpredigt ist kein Wort, mit dem man hantieren könnte. Der Sohn Gottes selbst hat (in der Bergpredigt) das Weltgericht in die Hand genommen.“

(Dietrich Bonhoeffer)

Widerspruch löst sich aber auf, wenn man die verschiedenen Dimensionen beider Fragen betrachtet: konkrete Kriegsgefahr — prinzipielle Vermeidbarkeit, gerade aus dieser Spannung beziehen die Pazifisten einen Teil ihrer Motivation. Auch Anhänger der CDU/CSU glauben mehrheitlich (52 %) an die Vermeidbarkeit von Kriegen.

Wodurch unterscheiden sich Pazifisten in sicherheitspolitischen Fragen von der übrigen Bevölkerung?

- Während sich 59 % aller Befragten im Juli 1981 Sorgen über eine Bedrohung aus dem Osten machen, haben Pazifisten diese Gedanken vergleichsweise weit in den Hintergrund geschoben; nur 46 % blicken sorgenvoll nach Osten.

– Während 52 % der Bundesbürger davon überzeugt sind, daß der Osten militärisch stärker als der Westen ist, gehen von den Pazifisten 39 % von einem Gleichgewicht der Rüstung in Ost und West aus.

– Während die Bevölkerung im Juli 1981 mehrheitlich (48 %) nicht an den guten Willen der UdSSR zur Verständigung mit dem Westen glaubt, sind die Pazifisten mit relativer Mehrheit von der Verständnisbereitschaft der Sowjetunion überzeugt.

Die unterschiedlichen Einschätzungen bewirken unterschiedliche Konsequenzen, die die Gesamtbevölkerung und die Pazifisten für die Sicherheitspolitik ziehen.

So verlangen 38 % aller Pazifisten im Abrüstungsprozedere westliche Vorleistungen. Nur eine Minderheit von 24 % will ein ausgewogenes, mit dem Osten koordiniertes Vorgehen.

Demgegenüber mißtraut eine relative Mehrheit (47 %) der Gesamtbevölkerung Empfehlungen, „Abrüstungsvorleistungen als Vertrauensbeweis“ der anderen Seite gegenüber zu erbringen.

Pazifisten sind in allen Parteien zu finden. Zwar sind dort die Grünen etwa viermal so stark vertreten wie in der Gesamtbevölkerung, dennoch machen sie lediglich 17 % aller Pazifisten aus. Sogar die CDU/CSU ist mit 28 % weit stärker im pazifistischen Lager repräsentiert, von der SPD (44 %) gar nicht zu reden. Allerdings ist es so, daß die Grünen mit ihrem überdurchschnittlich hohen Anteil an jungen, artikulationsfähigen und zu Aktionen, auch unkonventioneller Art, bereiten Anhängern die Chance haben, das Bild der Pazifisten in der Öffentlichkeit in hohem Maße mitzubestimmen. Überhaupt spielt die junge Generation bei den Pazifisten eine wesentliche Rolle. Die Altersgruppe der 16- bis 29jährigen ist dort mit 43 % Anteil gegenüber der Gesamtbevölkerung (26 %) weit überrepräsentiert. Über 60jährige finden wir mit einem Anteil von 14 statt 24 %.

Aus dem kirchlichen Lager, vor allem aus der evangelischen Kirche hört man oft die These, Christsein und Abrüstungsengagement würden sich gegenseitig bedingen. Das entspricht jedoch nicht der allgemeinen Auffassung der Bevölke-

rung. In den Augen der Bevölkerung hängt Christsein nicht notwendigerweise zusammen mit Abrüstungsengagement.

Die Meinungsfrage ist viel komplexer. Gemessen an den Testfragen: „Wenn jemand sagt, jeder wirkliche Christ muß im Grunde heute für die Abrüstung eintreten. Finden Sie, der hat recht, oder kann man das so nicht sehen?“ „Wenn jemand sagt, jeder wirkliche Christ muß heute gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO eintreten. Finden Sie, der hat recht, oder kann man das so nicht sehen?“ – zeigt sich, daß den Christen in der aktuellen Abrüstungsdiskussion unter normativen Gesichtspunkten keine eindeutige Rolle zugewiesen wird. Darüber herrscht vielmehr Unklarheit in der Bevölkerung. Ein Drittel fordert von den Christen ein aktives Eintreten für die Abrüstung. Rund die Hälfte meint dagegen, diese Forderung könne man allein aus dem Christsein nicht ableiten. Grüne und Pazifisten wollen mit großer Mehrheit (61 bzw. 63 %) die Christen auf ein Abrüstungsengagement verpflichtet sehen.

Aus dem Christsein abzuleiten, daß jemand (einseitig) gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO eintreten müsse, wird von den meisten Bundesbürgern (61 %) abgelehnt. Immerhin gibt es aber einen Anteil von 14 % (unter den Grünen 47 %, bei den Pazifisten 35 %), die auch darin eine moralische Pflicht der Christen sehen.

Auf der anderen Seite aber zeigen Umfragen auch, daß Pazifisten nicht durch eine besondere Religions- oder Kirchenverbundenheit gekennzeichnet sind. Dieses Ergebnis ist überraschend, tritt doch „die Kirche“ in der gegenwärtigen Friedens- und Abrüstungsdiskussion vor allem durch einige prominente evangelische Amtsträger und durch viele Gruppierungen in zahlreichen Aktionen hervor. Ein Strukturvergleich Gesamtbevölkerung – Pazifisten bestätigt bei einem in etwa übereinstimmenden Protestantenanteil die Unterrepräsentanz der Katholiken, besonders der kirchennahen, und ein relatives Übergewicht von Personen außerhalb der beiden großen Konfessionen. Kirchennahe Protestanten und Katholiken rechnen sich viel seltener dem Kreis der Pazifisten zu als die kirchenferneren Christen. So machen

die kirchennahen Protestanten rund 18 % der Gesamtbevölkerung aus, aber nur 13 % der Pazifisten. Die kirchenferneren evangelischen Christen, die 31 % der Gesamtbevölkerung entsprechen, finden sich mit einem Anteil von 37 % unter den Pazifisten. Entsprechend ist das Bild bei den Katholiken: bei 15 % kirchennahen Katholiken in der Gesamtbevölkerung entfallen auf sie lediglich 9 % der Pazifisten. Der Anteil der kirchenferneren Katholiken (26 %) entspricht in etwa ihrem Pazifistenanteil (25 %).

Diese Fakten sind interessant, wenn man bedenkt, daß interessierte Kreise die Idee des Pazifismus als neue zentrale Botschaft des Christentums politisch für sich besetzen, in ihrer Bedeutung verengen und häufig mißbrauchen wollen. Klar: das christliche Gebot der Nächstenliebe verlangt von uns, Menschenrecht und Menschenwürde zu achten, zu schätzen und zu verteidigen. Bei aller Sehnsucht nach Frieden, bei aller Kriegsangst, muß die Gegenfrage erlaubt sein, ob es verlangt, die Verletzung von Menschenrechten und Menschenwürde wehrlos zu dulden. Einzelne mögen sich für ihre Person für Gewaltverzicht entscheiden; die staatliche Gemeinschaft aber hat in jedem Falle die Aufgabe, ihre Bürger vor Gewalt zu schützen. Es ist, auch in unserer Zeit, sittlich nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit auszusetzen.

Aus dem Inhalt

Der Staat als Garant der Grundwerte	1
Horst Georg Pöhlmann	
Kurz notiert	3/12
Pazifismus in Deutschland	4
– Publizistisches Phänomen oder Wirklichkeit –	
Baldur Wagner	
Zur Diskussion gestellt:	7
Was heißt für mich Frieden?	
Norbert Blüm im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd)	
Aspekte der Angst	8
Wolfgang Wudtke	
Aus unserer Arbeit	9
„Dein Reich komme“	10
Hans-Jürgen Quest	

25. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 21. bis 23. Mai 1982 in der Rheingoldhalle Mainz

Christen wissen: Wir haben eine Zukunft

Freitag, 21. Mai 1982

20.00 Uhr **Abendveranstaltung**

Vorträge:

Kirche und Politik im Dialog: Was uns verbindet – Was uns trennt

Kirchenpräsident D. Helmut Hild, stellv. Vorsitzender des Rates der EKD, Darmstadt

Albrecht Martin, MdL, Landtagspräsident, Landesvorsitzender des EAK Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach

Leitung:

Kai-Uwe von Hassel, MdEP, Bundestagspräsident a. D., Bonn

Samstag, 22. Mai 1982

10.00 bis 12.30 Uhr **Plenum**

Geistliches Wort:

Kirchenrat Wilhelm Kentmann, Beauftragter der Evangelischen Landeskirchen im Lande Rheinland-Pfalz, Mainz

Eröffnung und Leitung:

Dr. Werner Dollinger, MdB, Landesvorsitzender des EAK der CSU, Neustadt/Aisch

Grußworte

Vorträge:

„Christen wissen: Wir haben eine Zukunft“

Prof. Dr. theol. Reinhard Slenczka, Universität Erlangen

Prof. Dr. Roman Herzog, MdL, Innenminister, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Stuttgart

13.00 Uhr **Pressekonferenz** (besondere Einladung)

14.30 bis 18.00 Uhr **Arbeitskreise**

1 Zukunft durch Recht Recht für Frieden und Freiheit

Leitung:

Mag. jur. et theol. Robert Kauer, MdL, Geschäftsführer des EAK der ÖVP, Wien

Referenten:

Prof. Dr. Oswald Bayer, Leiter des Instituts für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Tübingen

Friedrich Vogel, MdB, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (BACDJ), Warendorf

2 Zukunft durch Bildung Bildung für ein erfülltes Leben

Leitung:

Arnulf Borsche, MdL, Landesvorsitzender des EAK Hessen, Frankfurt

Referenten:

Oberkirchenrat Prof. Dr. Dieter Walther, Schulreferent der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe
Dr. Georg Gölter, MdL, Kultusminister, Mainz

3 Zukunft durch Technik Technik im Dienste des Menschen

Leitung:

Waltrud Will-Feld, MdB, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, Bernkastel-Kues

Referenten:

Oberkirchenrat Dr. Rolf Krapp, Kirchenkanzlei der EKD, Hannover

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Finanzminister, Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Saarbrücken

4 Zukunft durch Verantwortung Verantwortung für Lebenschancen und Menschenrechte in der Dritten Welt

Leitung:

Klaus Weigelt, Leiter der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Eichholz

Referenten:

Pfarrer Tilman Schmieder, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ), stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen in Deutschland e.V.
„Dienste in Übersee“, Stuttgart

Peter W. Höffkes, MdB, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, Nürnberg

Sonntag, 23. Mai 1982

8.30 Uhr **Gottesdienst**

Christuskirche, Kaiserstraße 56, 6500 Mainz
Predigt: Dekan Dr. Roland Vetter, Mainz

11.00 Uhr **Öffentliche Schlußveranstaltung**

Leitung:

Prof. Dr. Roman Herzog, MdL, Innenminister, Stuttgart

„Für eine Zukunft in Frieden und Freiheit“

Dr. Helmut Kohl, MdB, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bonn

Zur Diskussion gestellt:

Was heißt für mich Frieden?

Norbert Blüm im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd)

epd: Herr Blüm, in einem Beitrag für das jetzt im Stalling Verlag erschienene Buch „Was heißt für mich Frieden?“ haben Sie das Wort Frieden als einen eschatologischen Begriff definiert, der einen Zustand beschreibt, der auf Erden nur ersehnt, aber nicht erfüllt werden kann. Gerade die Einsicht in die Unerreichbarkeit des absoluten Friedens, so argumentieren Sie, mache die Politik der kleinen Schritte und des Mißtrauens gegenüber großen Worten unentbehrlich. Brauchen wir aber nicht gerade angesichts eines immer schneller werdenden Rüstungswettlaufs dringender denn je große Schritte in Richtung Abrüstung, und brauchen wir nicht angesichts einer furchtbaren atomaren Gefährdung auf beiden Seiten der sich drohend und waffenstarr gegenüberstehenden Machtblöcke Vertrauen, Vertrauen in die Friedensbereitschaft des möglichen Gegners?

Blüm: Der Friede im umfassenden Sinne des Wortes ist nicht nur die Abwesenheit des Krieges, sondern ein Zustand absoluter Vollendung. Nach christlicher Auffassung ist dieser Zustand auf Erden nicht erreichbar, und ein Blick in die Geschichte belehrt uns, daß alle Ideologien, die das absolute Glück vom Himmel auf die Erde holen wollten, in fataler Weise der Gewalt verfielen. Die christliche Einsicht der Unvollendbarkeit der Welt ist kein Aufruf zum Fatalismus, aber die Einsicht, daß wir dem Ideal nur näher kommen können. Wir müssen uns in einer unvollkommenen Welt einrichten. Abrüstung ist deshalb nur als ein Geschäft auf Gegenseitigkeit friedenssichernd. Wo eine Seite überlegen ist, ist die Versuchung groß, diese Überlegenheit auszunutzen. Den Frieden allein dem Vertrauen zu überantworten, daß die Stärkeren ihre Stärke nicht gebrauchen, ist eine zu risikoreiche Einstellung.

epd: Sie sprechen von „großmäuliger Friedenslyrik“ und „pha-

risäerhafter Selbstgerechtigkeit“. Was meinen Sie damit und haben Sie diese Erscheinungen in der gegenwärtigen Friedensbewegung beobachtet?

Blüm: Ich entdecke auch in der Friedensbewegung eine aus meiner Sicht leichtfertige und vorschnelle Beruhigung, die sich auf den eigenen guten Willen stützt. Aber leider genügt der gute Wille nicht, die Welt in Fugen zu halten. In einer verantwortungsethischen Politik müssen nicht nur die Folgen der eigenen Einstellung kalkuliert werden, sondern auch die möglichen Reaktionen anderer. Der Rückzug auf eine selbstgerechte Eigenposition hat die Welt noch nie verändert. Das ist nur eine Variante der Privatisierung der Politik.

epd: Glauben Sie, daß die Friedensbewegung, wie Sie es allgemein formulieren, die Welt in Friedenssehnsucht und Kriegshetze aufteilt? Unterstellen Sie damit nicht eine Irrationalität, die nicht vorhanden ist? Und übersehen sie dabei nicht, daß es der Friedensbewegung weniger um allgemeine moralische Urteile als vielmehr um ganz konkrete Abrüstungsforderungen geht, unter anderem, um mit dem eingesparten Geld den Hunger in der Welt zu bekämpfen?

Blüm: In auffälligem Gegensatz zu den Friedenssehnsüchten, wie sie die Friedensbewegung ausdrückt, steht mancherorts ein aggressiver Stil, mit dem Menschen, die andere Wege zum Frieden bevorzugen, attackiert werden.

Ich weiß auch, daß wir für unsere Arbeit lohnendere Ziele haben, als Waffen herzustellen. Waffen sind in einer Welt, in der Menschen verhungern, ein Stück Verrücktheit. Aber wir schaffen die Waffen nicht aus der Welt, wenn eine Seite sie niederlegt, sondern nur durch die geduldige Anstrengung einer gleichgewichtigen Abrüstung. In Teilen der Friedensbewegung sehe ich allerdings immer nur einen Adressaten im Fordern: nämlich

den Westen. Das ist einseitig. Diese Einseitigkeit gefährdet den Frieden.

epd: Im Zusammenhang der Begriffe Friedenssehnsucht und Kriegshetze sagen Sie, daß man Friedfertigkeit nicht mit Haß erzeugen könne. Wen meinen Sie damit? Unterstellen Sie beispielsweise den zahlreichen Pastoren und evangelischen Christen, die die Friedensbewegung wesentlich mittragen, daß diese die Friedensbotschaft des Evangeliums mißverstanden haben und Haß predigen?

Blüm: Wer Haß sät, wird Aggression ernten. Deshalb muß die Friedensbewegung ihre eigenen Ziele auch im eigenen Verhalten bestätigen. Ich glaube, daß man unterscheiden muß innerhalb der Friedensbewegung zwischen solchen, die in der Wahl ihrer Mittel auch die Gewalt in Kauf nehmen und denjenigen, die ihre Ziele friedfertig verfolgen. Und die oft anzutreffende Arroganz mit der auf andere Meinungen herabgesehen wird, ist weder in der Friedensbewegung noch außerhalb ihrer friedensfördernd.

Ich unterstelle niemand etwas und bin vor allen Dingen gegen Kollektivurteile, aber ich wünsche mir, daß die Friedensbewegung das Wort Frieden nicht beschlagnahmt allein für ihren Weg und allen, die anders denken, den Willen zum Unfrieden unterstellen.

epd: Sie stellen ganz einleuchtend fest, daß ebensowenig wie die Polizei die Diebe schaffe, die Waffen den Krieg erzeugten, aber mit den im Rüstungswettlauf immer wieder neu entwickelten Waffentechnologien entstehen auch immer neue Denkmodelle möglicher Kriegsstrategien, wie beispielsweise die, ein atomarer Krieg könne begrenzt und damit auch gewonnen werden. Kann die Friedensbewegung hier nicht einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie eine neue Mentalität, eine andere Art des Nachdenkens über Gleichgewichtspolitik und Abschreckung fördert?

Blüm: Für mich sind alle Waffen unmenschlich. Für den Getroffenen ist es relativ belanglos, mit welchen Instrumenten er getötet wird, und Waffen haben in dieser von der Erbsünde gezeichneten Welt nur einen dialektischen Zweck: nämlich ihren Einsatz zu verhindern.

epd: Die Politik der kleinen Schritte bezeichnen Sie als friedensschaffende Aufgabe. Die Regierenden in Ost und West fordern

von ihren Regierten in bemerkenswerter Übereinstimmung, man solle ihnen nicht unterstellen, sie hätten etwas anderes als den Frieden im Sinn, und also sei eine Friedensbewegung nicht nur überflüssig, sondern auch gefährlich, weil sie die Autorität der Regierung untergrabe und damit dem Feind in die Hände spiele. In welchen Ländern werden Friedensbewegungen gebraucht, was sollen diese kritisieren, was fordern?

Blüm: Die Friedensbewegung wird überall in der Welt gebraucht, wo sie sich nicht einäugig darstellt in dem Sinne, daß sie nur die Waffen einer Seite sieht, und sie wird überall dort gebraucht, wo sie sich friedfertig darstellt. Ich kenne im übrigen niemand in unserem Staat, der den Krieg will. Wir streiten uns über die Wege der Friedenssicherung. Darüber gehen die Meinungen auseinander.

Aspekte der Angst

Wolfgang Wudtke

Angst scheint die Grundstimmung zu sein, die weite Bereiche unserer Bevölkerung beherrscht. Angst vor der Zukunft, Angst vor der Kernenergie, Angst vor einem Atomkrieg, Angst vor ... Das Thema Angst beherrschte den Hamburger Kirchentag, es beherrscht die Schlagzeilen der Medien und die Tagungsprogramme evangelischer Akademien. Angst wird zunehmend eine politische Kategorie.

Dr. med. Wolfgang Wudtke, Vorsitzender des EAK Berlin-Spandau, ist Facharzt für Neurologie und Psychiatrie. Er versucht, die Hintergründe und Ursachen von Angst aufzuhehlen.

Die abendländische Menschheit liegt – so scheint es – in Angst und Furcht. Die Aufdringlichkeit des Angstphänomens hat einen bisher nie erfahrenen Grad erreicht. Sollte dieses Phänomen durch ein „Wachstum der Erbsünde“ im Sinne Kierkegaards oder durch die Entwicklung der psychologischen, der psychiatrischen und psychopathologischen Forschung in den letzten hundert Jahren, die den Blick für das Vorkommen der Angst geschärft hat, zu erklären sein?

Kierkegaard war es, der darauf hinwies, daß es sich bei der Angst um ein eigentümliches, unbestimmtes Gefühl handelt und daß sich die Furcht auf etwas Bestimmtes bezieht. Diese Unterscheidung wurde später von Heidegger und von Jaspers übernommen.

Psychiatrischerseits wurde im deutschsprachigen Raum die Psychopathologie der Angst im Gebiet

der sogenannten „Neurosen“ zum ersten Mal von Sigmund Freud ernstgenommen.

Keinesfalls können Angst und Krankheit gleichgesetzt werden. Die Gleichsetzung von Angst und Angstneurose tut den Dingen Gewalt an. Allerdings ist die Grenze zwischen „noch gesund“ und „fast schon krank“ nirgends so fließend wie auf dem Feld der menschlichen Angsterfahrung.

Aber auch in ethisch-religiöser Hinsicht zeigt die Angst ihre zweideutige Natur. Sie macht den einen produktiv und lähmt den anderen. Sie ist Antrieb zur höchsten Verwirklichung des Daseins, aber auch Anlaß zur Vermassung des einzelnen. Den einen führt sie ins Sein zurück, den anderen in den Abgrund des Nichts. Sie vermag bald anzuziehen, bald abzustößeln. Sie kann isolieren, einschüchtern und entmutigen oder sie treibt in die Arme der Gemeinschaft schaffenden Liebe zurück.

Es drängt sich die Vermutung auf, daß zwischen dem Verstoß der Forschung in die Sphäre der „Tiefenperson“ und der „Aufdringlichkeit des Angstphänomens“ in der Gegenwart ein Zusammenhang besteht.

Offensichtlich kam es zu einer Akzentverschiebung der Persönlichkeitsanteile, da sie neben der Steuerung der Persönlichkeit durch Vernunft, Glauben und Sittlichkeit durch erhöhte Selbständigkeit elementarer, primitiver Antriebs- und Reaktionszentren mitbestimmt ist.

Von dieser Erschütterung im Gleichgewicht der Persönlichkeit gibt es viele Zeichen. Genannt sei die Tendenz zur Vermassung oder einer entbundenen Sexualität, sich vom hemmenden Zugriff vernünftiger Ordnungen freizumachen. Auch treten asoziale Züge stärker in den Vordergrund: Rücksichtslose Macht-, Geltungs- und Gewaltinstinkte setzen sich durch. Im gleichen Zug macht sich eine Zunahme von Angst und Verzweiflung bemerkbar.

Sollte zwischen dem Abbau der menschlichen Grundakte des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe und dem Anwachsen der Angst einschließlich des zunehmenden Einflusses der Primitivperson nicht ein Zusammenhang bestehen?

Tatsächlich besteht zwischen der „Entwertung der obersten Werte“ und der Angst ein Zusammenhang. Diese Gefährdung betrifft aber nicht nur Menschen, die ihr Dasein einer nihilistisch anmutenden Ideologie unterstellen, sondern sogar solche, deren Ideologie „in Ordnung“ ist, Christen z. B., die sich durchaus berechtigter Weise als „Christen“ bezeichnen, die aber auffallenderweise im privaten Alltagsleben einem auf das unmittelbare Dasein bezogenen Nihilismus erliegen.

Der angstvolle Mensch steht unmittebar in der Bedrohung durch jene anonyme Macht, die auf den Begriff des Nichts hinweist. Die Angst wird als Begegnung mit dem Nichts bezeichnet, einem Begriff, dem eine logische Unzulänglichkeit

insofern anhängt, als das absolute Nichts ja gar nicht gegenständlich werden kann. Der sprachliche Ausdruck gelangt hier an seine Grenze und so ist das Lebensgefühl der Angst im Grunde unbenennbar. Gerade diese Anonymität macht ihr Wesen aus. In der Angst erleben wir die Gefahr, Dasein und Gegenwartigkeit zu verlieren und dem Nichts zu verfallen. Die Angst stellt eine elementare Erschütterung des Lebensgefühls dar, das Leben selbst, das immer expansiv ist, erfährt in der Angst seine Verneinung und Umkehr. Es ist, als ob das Dasein vom anonymen Abgrund des Nichts verschlungen werden sollte.

Die Todesangst zum Beispiel sehen wir in der Dunkelangst, die im einzelnen nicht zu konkretisierende Sündenangst verkleidet sich in die ängstliche Überschätzung relativ belangloser Fehlritte oder die Angst, sich als Mann oder Frau zu verwirklichen, zeigt sich als Angst, an einem unheilbaren Leiden erkrankt zu sein. Oft ist das die irgendwie in Gang gebrachte Möglichkeit, sich im Dasein zu verfeh-

len, die als Schicksals-, als Verarmungs- oder als Berufsangst auftritt.

Aus einer situationsgebundenen Erlebnisreaktion der Angst kann eine angsthafte Fehleinstellung werden, die wir phobische Fehlhaltung nennen. Es erscheint verständlich, daß das Ereignis eines Vulkanausbruches oder eines Erdbebens Angst auslöst, und das die Erschütterung des Vertrauens in eine ängstliche Erwartung hinein sich fortsetzt, die das Ereignis überdauert und seine mögliche Wiederkehr in vager Beunruhigung vorwegnimmt.

Während der eine die ängstliche Stimmung nicht los wird, bei jedem Geräusch zusammenschreckt und sogleich mit Herzjagen, Schweißausbrüchen, Zittern, Schwindelerscheinungen reagiert, nimmt der andere die möglichen Bedrohungen gelassener hin.

Das Miterleben der Katastrophe kann nicht einfach abklingen oder abregiert werden, weil seine das Dasein bedrohende Bedeutung zu Recht besteht. Der mit der phobi-

schen Fehlhaltung Behaftete kann weder gegen das Ereignis Stellung nehmen, da es existiert, noch kann er sich für Konsequenzen, die es eingrenzen, entscheiden. Dadurch mißlingt die Verarbeitung des Ereignisses.

Ein Erlebnisverarbeiten heißt in erster Linie, im Zuge seiner Bewältigung einen höheren, überlegenen Standpunkt beziehen, von dem aus die Integration und Restitution des erschütterten Daseins möglich ist.

Bei der Angst handelt es sich um eine elementare Erschütterung des Vertrauens in die „Beständigkeit“ (Goethe) der Erde. Ihren Grund und ihre Wurzeln zu erkennen, ist schwierig, da sie es liebt, sich sowohl vor dem Betroffenen, als auch vor der menschlichen Umwelt zu tarnen. Für ihre Erklärung bieten sich vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen der Menschheit an, Erklärungen, die einer gründlichen Erhellung der Zusammenhänge nicht immer standhalten, aber sich als Alibifunktion vor sich selbst und als Waffe gegen die menschliche Umwelt eignen.

Aus unserer Arbeit

EAK Solingen will wieder stärker ins politische Geschehen eingreifen

Solingen: Wieder eingreifen ins aktuelle politische Geschehen will der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU im Kreisverband Solingen, der nach einem vorübergehenden Provisorium in seiner Jahreshauptversammlung einen mit allen Vollmachten ausgestatteten Vorstand wählte. Dr. Wilhelm Anneck, der die Geschäfte geführt hatte, kandidierte aus Altersgründen nicht mehr. Ihn wählte die Versammlung einstimmig zum Ehrenvorsitzenden.

Erster Vorsitzender wurde Irmgard Mütter, Stellvertreter Kurt Kreizberg und Hugo Paul Westeppe. Das Amt des Schriftführers wurde Stefan Schlemper zugesprochen. Vor der Wahl hatte Dr. Anneck herausgestellt, daß die in allen Bundesländern lebendigen Evangelischen Arbeitskreise und somit auch die evangelischen Christen zum bisher Geleisteten eine erhebliche Menge beigetragen hätten. Und um ein altes Vorurteil zu beseitigen: „Die CDU ist nicht katholisch, sondern christlich.“

Referent des Abends war Dr. Hans Ulrich Klose, Mitglied des Landtages, Vorsitzender des EAK der Rheinischen CDU und stellvertretender Fraktionsführer. Somit konnte er zum Thema „Der evangelische Christ in der CDU“ aus dem vollen schöpfen. Das „historische Phänomen“ einer politischen Union der Christen sei in der Geschichte Westeuropas erstmalig durch die CDU verwirklicht worden. Daß die evangelischen Christen daran gleichwertig teilgenommen hätten, ergebe sich aus der Freiheit des Gewissens und dem Sinn für Verantwortung.

Gegen die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik, gegen den „Weg in die andere Republik“ und gegen die total verfahrenere Außenpolitik gelte es, die evangelischen Tugenden der Nüchternheit, der Vernunft und des Augenmaßes zu setzen. Dabei ging Klose unter anderem auf das Problem der ausländischen Arbeitnehmer ein und unterbreitete detaillierte Lösungsvorschläge.

Gerade in einer Zeit der großen Krise habe der EAK die Chance zur offensiven Durchsetzung einer Neuorientierung.

Kalina gegen ein politisches Mandat der Kirche

Veranstaltung des EAK Münster

Münster: Gegen ein politisches Mandat der Kirche hat sich Oberkirchenrat Hermann Kalina ausgesprochen. Der stellvertretende Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bonn betonte vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU in Münster, das Mandat der Kirche sei die Verkündigung. Er kritisierte in diesem Zusammenhang die Denkschrift von 1970, in der die politische Verantwortung der Kirche mit ihrem Sendungsauftrag begründet werde. Die Tendenz zur politischen Theologie sei allerdings auch durch die Gemeinden mitverursacht worden, da die Pfarrer bei ihrem eigentlichen Auftrag, der Verkündigung, keine Resonanz mehr spürten. Kalina kritisierte, daß die Pfarrer dabei in ihrem Amt allein gelassen würden.

„Dein Reich komme“

Hans-Jürgen Quest

Das folgende Geistliche Wort wurde von Hauptpastor Hans-Jürgen Quest anlässlich der EAK-Regionaltagung Nord „Zwischen Angst und Hoffnung – Auf der Suche nach einer menschlichen Zukunft“ in Hamburg gehalten.

Meine Damen und Herren, liebe Mitchristen!

Einen Tag, einen Arbeitstag zumal, mit dem zu beginnen, was im Programm als das „Geistliche Wort“ ausgedrückt ist, heißt in meinen Augen, einen Test zu machen auf unsere Ansprechbarkeit, auf unsere Ansprechbarkeit von Gott her. Wenn und wo ein Konsensus, das heißt eine gemeinsame Sensibilität dafür besteht, daß es so etwas geben muß für Menschen, die etwas Gemeinsames wollen, wie ein „Sich ins Gebet nehmen lassen“, wenn also Sie sich dazu hergeben, dann meine ich ist das ein Signum für eine gemeinsame Basis. Das ist heute nicht wenig. Diese Ansprechbarkeit ist ein letztes gemeinsames Band in aller Verschiedenartigkeit, die hoffentlich auch heute zutage treten wird, ist aber auch etwas Unterscheidendes

„Die Bergpredigt gehört nicht ins Rathaus“.

(Martin Luther)

gegenüber anderen. Wer läßt sich schon ansprechen von Gott her? Solch ein Vorgang ist auch schon dadurch, daß er geschieht – ganz abgesehen davon, welche Konsequenzen der eine oder andere daraus zieht oder auch wenn er konsequenzlos bleiben sollte – etwas, was nicht kalt lassen kann.

Wenn wir uns heute morgen auf unsere Ansprechbarkeit testen und also uns ins Gebet nehmen lassen, dann soll das geschehen anhand einer Bitte des Vaterunsers – und zwar jener Bitte, die in meinen Augen am deutlichsten und stärksten die öffentliche, ja die politische Dimension signalisiert, eine Bitte,

die wir alle wohl tausendmal und mehr in unserem Leben gesprochen haben: „Dein Reich komme“.

Wer diese Bitte noch nicht mit Herzklopfen gebetet hat, hat sie wohl schwerlich verstanden.

Dein Reich komme: ein Herrschaftswechsel

Das ganze Evangelium steckt in dieser Bitte. Es geht um das Kommen der Herrschaft Gottes. Sie wissen, daß die Gleichnisse Jesu alle mit der Berufung auf das Kommen der Gottesherrschaft beginnen etwa: Mit dem Kommen des Reiches Gottes ist es wie wenn ein Mensch Samen auf das Feld streut. Mit dem Kommen der Herrschaft Gottes ist es wie wenn ein verachteter Mann, auf den alle mit Fingern zeigen, vom hohen Roß heruntersteigt und sich eines Menschen annimmt, der als Gefährdeter ihm vor die Füße gelegt wird“. Gottes Reich, das ist ein Herrschaftswechsel. Und dieser Herrschaftswechsel bedeutet, daß Menschen lernen, neuen Gebrauch von sich selbst zu machen. So lesen wir's im Neuen Testament. Wir wollen uns klarmachen, daß das nicht heißt, daß wir primär, wenn wir beten „Dein Reich komme!“ die Vorstellung haben, in Gottes Reich zu kommen – etwa wie es im Kindergebet heißt: „Lieber Gott mach mich fromm, daß ich in den Himmel komm!“ So beten die Moslems. Sie wollen in das Reich Gottes, ins Paradies. Christen beten umgekehrt, und Jesus hat es uns so gesagt, daß wir um das Kommen, um das zu uns Kommen Gottes beten. Jesus lehrte zu beten, Gott möge in unsere Welt kommen, um sie von innen her umzukrempeln. Darum ist diese Bitte revolutionär, sie ist subversiv.

Ob wir das verstanden haben, wir Beter des Vaterunsers? Ich bezweifle es, und ich weiß auch, daß diese Bitte ein Geheimnis ist „Dein Reich komme!“. Wer so betet, der

möchte, daß Gott eingreift in alles, was Bestand unter uns hat, auch in unsere Höchstwerte, auch in unsere politische Programme, auch in unsere politischen Programme, auch in unsere Kirchenpolitik. „Dein Reich komme!“ hat sicher zu tun mit dem Frieden in der Welt, mit der Gerechtigkeit und mit der Freiheit.

Aber dies alles ist für uns, die wir beten, verbunden mit einer großen Versuchung: Wir identifizieren das, was wir wollen, in idealistischer Weise, in bester Absicht, sehr schnell mit dem Kommen des Reiches Gottes. Dieser Versuchung ist die Kirche immer wieder verfallen, dieser Versuchung erliegen immer wieder die politischen Parteien, nicht nur die Marxisten.

Eine weitere Versuchung ist, daß wir dieses Reich Gottes, das Kommen des Reiches Gottes im Sinne eines inneren Reiches uminterpretieren. In unserem Inneren, sagen wir, ist Gott lebendig, und außen, das geht niemand etwas an. So hat es Jesus nicht gemeint.

Dieser letzten Versuchung, daß wir Gott korrespondieren lassen oder kommunizieren lassen mit unserer Seele und dann – bleibt alles wie es ist –, dieser Versuchung wollen wir gerade als Christen widerstehen. Denn diese Bitte „Dein Reich komme!“ meint, daß wir in rechter Weise weltlich zu werden, uns den schlimmen Zumutungen unserer Tage gewachsen zu zeigen. Diese Bitte meint, wenn wir sie wirklich beten, daß wir Gott erlauben, uns dahingehend zu verändern, daß wir einen neuen veränderten Gebrauch von uns machen.

Dein Reich komme: eine Vertrauensbasis

Was heißt das positiv? Ich denke zunächst, das Gebet „Dein Reich komme“ ist das Gebet des Vertrauens, denn die Welt in der wir leben ist die große Anfechtung für jeden Beter. Die Welt, die so ist wie

sie ist, zeigt uns, daß es viel näher liegt anzunehmen, diese Welt sei des Teufels und nicht Gottes. Wer von Ihnen kennt nicht die Anfechtung, die in uns hochkriecht, daß die ganze Sache mit Gott doch nur eine Illusion wäre? Wir denken an die Schicksalsschläge, die wir im persönlichen Leben hinnehmen, die wir auch im öffentlichen Leben zu verkraften haben. Und dann immer noch bei Gott bleiben, wenn wir sehen, wie die Geldgierigen und die Bösewichter und die Herrschsüchtigen und die Machtbesessenen und die Menschenschinder über uns kommen? Und wenn wir in dieser irrationalen Situation stehen, Frieden zu wollen durch Rüstung, wie sollen wir dann Gott aushalten? Das hat mit einem naiven idealistischen Gottesglauben nichts mehr zu tun. Diese Vaterunser-Bitte ist daher ein Schrei nach Gott.

Das Merkwürdige ist nun aber, so sehr wir rational verwirrt und irritiert sind, — jeder von uns hat dennoch eine Basis des Vertrauens. Gott hat jedem Erweise seines Vertrauens geschenkt, so daß wir immer wieder — uns selbst zum Wunder — einwilligen können in das „JA“ zu Gott, daß unser Vertrauen wieder gestärkt wird.

Dein Reich komme: der rechte Maßstab

Jesus hat gesagt: „Wenn Ihr nicht werdet wie die Kinder“, wenn Ihr also nicht so selbstverständlich wie ein Kind auf die Liebe seiner Eltern vertraut, wird das Reich Gottes nicht zu Euch kommen. Wir sind unendlich stark, wenn wir in aller Schwäche schreien: „Dein Reich komme!“ Wir wollen uns aber auch klar machen, daß die Sache mit diesem Gebet gefährlich für uns ist, gerade für diejenigen unter uns, die besonders viel und Großes wollen, denn mit diesem Gebet bitten wir das Gericht Gottes auf uns herab, mindestens einen Vorbehalt gegenüber allem, was wir wollen. Wir bauen ja alle an unserem Reich, und wir müssen es.

Wer aber ernsthaft die Bitte „Dein Reich komme“ gebetet hat, der weiß, daß er nicht mehr unbefangen mit sich selbst umgehen kann. In dieser Bitte steckt — um ein modisches Wort zu gebrauchen

— eine tiefe Verunsicherung allem gegenüber, was wir für groß, nötig und wichtig halten. Mit der Bitte „Dein Reich komme“ bete ich einen Vorbehalt gegen mich selbst herbei. Ich finde, das ist gefährlich. Bringe ich Gott ins Spiel in meinem Leben, dann setze ich mich selbst auf's Spiel. Darum ist das Vaterunser keine Bitte oder kein Gebet für Philister. Ein Risiko steckt drin, aber dieses Risiko ist kalkulierbar oder kalkuliert, denn der, der es mich bitten lehrt, will nicht, daß ich kaputtgehe mit dem, was an Gutem und Wichtigem in meinem Leben lebendig ist. Die Demut vor Gott, der Vorbehalt hat nichts zu tun mit Minderwertigkeitskomplexen.

Und wir müssen das Ganze nun noch einmal sagen — übertragen ins öffentliche Leben.

Gott hat keine Lust daran, die guten Dinge, die Menschen tun, etwa in der Wissenschaft, in der Kunst, auch in der Politik kaputt zu machen als der göttliche Zyniker, der erst dann triumphiert, wenn er die Menschen kirre gemacht hat. Das, was Sie tun in der Politik, hat schon etwas zu tun in positiver Weise mit dem Kommen des Reiches Gottes. Auch menschlich Fragwürdiges nimmt Gott noch auf und macht etwas Rechtes daraus.

Nur, die Bitte „Dein Reich komme“ meint: Nichts von dem, was wir tun, darf absolute Gültigkeit haben. Absolut ist nur Gott.

Das ist unsere ständige Gefährdung, daß das, was uns gut und wichtig erscheint, auf einmal zu unserem Gott wird, ohne daß wir es wollen, ohne daß wir es gemerkt haben. So werden die besten Gedanken zu Ideologien, und jede Ideologie stellt das erste Gebot in Frage. Darum beten wir, Dein Reich, Vater, komme, und — prüfe mich, prüfe uns, ob das alles noch zusammengeht mit dem ersten Gebot.

Dein Reich komme: Liebe leben

Meine Damen und Herren, ich sagte, wer die Bitte „Dein Reich komme“ noch nicht mit Herzklopfen gebetet hat, hat sie noch nicht gebetet. Was ich damit meinte, ist vielleicht nun ein wenig klarer. Es geht schon um eine Berechnung unserer selbst, um ein Wegbringen der

Dinge, die nun wirklich keinen Bestand haben können, wenn wir ernst machen mit dem Kommen des Gottesreiches.

Wenn ich eine inhaltliche Füllung brauche für das, was Reich Gottes „trächtig“ macht auf Erden und bei mir, dann, denke ich, müssen wir schon bei Jesus selbst in die Schule gehen. In der Gegenwart seines Geistes, in seiner Nachfolge wird das Reich Gottes Wirklichkeit unter uns.

Sicher, alles ist in dieser Welt zweideutig. Aber es gibt nun eben doch für die Christenheit auf Erden so etwas wie eine Klärung des getrübtten Blickes. Ich scheue mich nicht zu sagen, der Blick auf das Kreuz Christi ist die Klärung der Gedanken des Beters, wenn er betet „Dein Reich komme“.

Wir können dieses Reich Gottes unter uns leben im Umgang miteinander, wenn wir einander gut sind, auch dort noch, wo wir politische Feinde sind. Wir können das leben, indem wir einander nicht diffamieren, nicht verteufeln, — wenn wir auch dem ein Lächeln schenken, der uns zuwider ist.

Wir können das Reich Gottes leben mit Worten und mit dem, was wir geben, indem wir uns einander zuwenden. Zum Beispiel wenn wir in aller Öffentlichkeit demonstrieren gegen das, was nicht gut ist unter uns.

Und wir können Gottes Reich leben, indem wir hart arbeiten in unserem Kopf. Ich meine: Im Nachdenken, damit wir nicht immer nur „alte Sprüche klopfen“. Das Reich Gottes ist greifbar unter uns, es ist nicht nur eine Utopie. Das Reich Gottes ist uns näher, so wie Luther sagt, daß Gott uns näher ist als unser Hemd.

Was ist inhaltlich gemeint? Liebe, vor allem Liebe! Und was nicht zur Liebe läuft und aus Liebe kommt, sollte das große Wort „Reich Gottes“ nicht bekommen.

Um dieses Reich Gottes ringen wir in unserem Glauben. Um dieses Reich Gottes ringen wir auch mit unseren Taten, auch in der Politik. In diesem Ringen tragen und ertragen Sie auch das „C-Dilemma“ im Namen der Partei. Ich denke, daß es sich für uns praktisch lohnen wird, wenn wir uns immer wieder ins Gebet nehmen lassen: „Dein Reich komme!“

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL ● Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM ● Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf ● Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Kurz notiert

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, beim CVJM

Bochum: MdB Dr. Horst Waffenschmidt, Mitglied der Kirchenleitung der Rheinischen Landeskirche und des EAK-Landesvorstandes Rheinland, war einer der Referenten einer Großveranstaltung des CVJM-Westbundes in Bochum. Dr. Waffenschmidt führte in der dichtbesetzten Luther-Kirche in Bochum mit zahlreichen jungen Mitgliedern des CVJM eine Aussprache zu dem Thema: „Auf was ist noch Verlaß? Auf die Politiker und ihre Aussagen?“ Dr. Waffenschmidt stellte zu diesem Thema fünf Forderungen für das politische Handeln auf: Ehrlich informieren, glaubwürdig

sammenleben, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, mehr und offensiver vertreten werden müßten.

In der regen Diskussion, an der sich viele junge Teilnehmer des Treffens beteiligten, kamen zahlreiche aktuelle politische Aufgaben zur Sprache: Friedenssicherung, Jugendarbeitslosigkeit, Entwicklungshilfe und auch der Kontakt der jungen Bürger zu den Politikern. Dr. Waffenschmidt erläuterte die Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland, ausgehend von den CDU-Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. Er betonte, die Zusammenarbeit in der Nato habe uns über 30 Jahre Frieden gesichert. Nachdrücklich verwies er auch darauf, daß das Nord-Süd-Gefälle, die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern, in Zukunft die Weltpolitik noch stark beeinflussen werde.

Im Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit setzte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete für konsequente Unterstützung privater und öffentlicher Investitionen ein, z. B. bei der Energiepolitik.

Thielicke warnt vor „Nabelschau“

Saarbrücken: Gegen die verbreitete Einstellung, um sich selbst zu kreisen, und „in die eigenen Kümmerchen“ verliebt zu sein, hat sich der evangelische Theologe Prof. Dr. Helmut Thielicke (Hamburg) gewandt. Am meisten rege ihn auf, daß die Kirche die „neue Seuche der Nabelschau“ sogar weithin fördere, erklärte Thielicke im Kirchenfunk des Saarländischen Rundfunks am 13. März. Er kenne Predigerseminare, in denen man sich „weniger um die Bibel sammelt als um seine eigenen psychischen Wehwehchen, die man in endlosem Getratsche zu bekabeln nicht müde wird.“ Thielicke weiter: „Es ist eine Lust, exhibitionistisch zu sein! Am meisten ‚in‘ ist das Eingeständnis

von allerhand Ängsten. Angst ist überhaupt im modischen Flor. Wehe dem, der noch eine Spur von Lebensmut zeigt und munter ist!“ Wer nicht die apokalyptische Weltangst teile, daß höchstens noch zwei bis fünf Jahre bleiben, bis die Atomkatastrophe die Erde vernichte, „der ist ob seiner Primitivität und - wie die Psychologaster gerne sagen - seines Mangels an ‚Sensibilität‘ nur zu bedauern“. Dieses Bewußtsein werde dann von geschäftstüchtigen oder jedenfalls „geltungssüchtigen Gurus und Seelenventil-Öffnern weidlich ausgenutzt und in gruppenspezifischen Prozessen zur Kropfentleerung gebracht“.

Unsere Autoren

Dr. Norbert Blüm
Senator für Bundesangelegenheiten
Landesvertretung Berlin
Joachimstraße 7
5300 Bonn 1

Prof. Dr. Horst G. Pöhlmann
Wetrikstraße 8
4512 Wallenhorst/b. Osnabrück

Hauptpastor Hans-Jürgen Quest
Englische Planke 11
2000 Hamburg 11

Dr. Baldur Wagner
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Dr. med. Wolfgang Wudtke
Facharzt für Neurologie u. Psychiatrie
Waldschluchtpfad 6
1000 Berlin 22

bleiben, Menschen annehmen, Geschichte beachten und Grundwerte stärken! Er verwies dabei besonders auf die Grundelemente der Verfassung unseres Staates im Grundgesetz und legte dar, daß die Grundwerte für unser Zu-

Für Frieden und Freiheit

Aufruf zur Demonstration am 5. Juni 1982 in Bonn

Auskünfte erhalten Sie
bei jeder CDU-
Kreisgeschäftsstelle
oder in Bonn unter der
Tel.-Nr. (02 28) 54 45 28